

Nr. 140 Verbot des Abhörens ausländischer Rundfunksender. 1.–5. September 1939

Beginn:

Beginn:

a.: Entwürfe einer Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen. 1./5. September 1939*R 43 II/639, Bl. 113–114, 124–125***Entwurf des Reichspropagandaministeriums, Entwurf des Ministerialdirektors Kritzinger. 5. September 1939¹****September 1939²**

Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, daß jeder Deutsche aus Verantwortungsbewußtsein heraus es zur Anstandspflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen. Für diejenigen Volksgenossen, denen dieses Verantwortungsbewußtsein fehlt, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die nachfolgende Verordnung erlassen.

[Entwurf RMVP]

[Entwurf Kritzinger]

¹ Vorgelegt an den RMRk mit Geheim-Schnellbrief vom 1. 9. 1939 zur „umgehende[n] Verabschiedung“ durch den MRfdRV, mit dem (irreführenden) Bemerkungen, der VO-Entw. sei mit RIM, OKW, RWiM, RJuM, RPM, RLuM sowie StdF beraten worden und keinen Einwendungen begegnet; R 43 II/639, Bl. 112. Ferner verwies das Begleitschreiben auf eine vorformulierte DVO (u. Anm. 7), derzufolge sämtl. Rundfunkgeräte von der Partei eingezogen werden sollten, schränkte aber ein: „Es wird zur Zeit nicht beabsichtigt, Vorschriften dieses Inhalts zu erlassen. Das soll nur dann geschehen, wenn die Verhältnisse es gebieten.“ Die Präambel zur RundfunkVO ging auf eine Initiative von Heß zurück, s. unten e.; vgl. APK I 1, Reg. Nr. 13838. Zur Einarbeitung weiterer Änderungen: unten d. – Das Schreiben b. und ein Auszug von e. abgedr. bei: Conrad F. LATOUR, Goebbels’ „Außerordentl. Rundfunkmaßnahmen“ 1939–1942, in: VfZ 11 (1963), S. 418–435. Ohne Kenntnis von R 55/20630 und R 4701/20712 (unten c., d.), aber eingehend die Darstellung bei GRUCHMANN, Justiz, S. 902–906. Vgl. GOEBBELS, Tagebücher I 7, S. 89–92.

² Zu dieser Fassung vgl. den Vm. Kritzingers vom 6. 9. 1939: „In der Sitzung des Ministerrats für die Reichsverteidigung am 4. September d. J. [Dok. Nr. 143 P. 2] brachte der Vorsitzende [Göring] die Rundfunkverordnung zur Sprache und gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß nur das absichtliche Abhören von Nachrichten und politischen Übertragungen bestimmter – besonders bekanntzumachender – ausländischer Sender sowie die vorsätzliche Verbreitung von Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, verboten werden sollten. Mit dem Vorschlag des Reichsministers des Innern, daß die Strafverfolgung nur auf Antrag der Staatspolizeistellen erfolgen sollte, erklärte sich Generalfeldmarschall Göring einverstanden. – Darauf habe ich eine Ausfertigung der Verordnung in der als Anlage 1 beigefügten [nachstehenden] Fassung am 5. September d. J. Generalfeldmarschall Göring vorgelegt und zwar in Gegenwart des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda. Dabei wurde zwischen Generalfeldmarschall Göring und Reichsminister Dr. Goebbels die als Anlage 2 beigefügte Fassung vereinbart. In dieser Fassung hat der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung am 5. September d. J. die Verordnung vollzogen mit der Weisung, sie auf den 1. September d. J. zu datieren.“ R 43 II/639, Bl. 122. Die Endfassung unterschied sich durch eine Verschärfung mittels Streichungen in § 1, wie dort kenntlich gemacht, und durch die Ergänzung der Einleitungsformel (u. Anm. 4); ebd. Bl. 126–128. In dieser Form wurde die *Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen*, rückdatiert auf 1. 9. 1939, am 7. 9. verkündet (RGBl. I S. 1683). Fotokopie der Ausfertigung: R 43 II/639, Bl. 141–143.

Aufgrund des Erlasses des Führers über die Bildung eines Ministerrates für die Reichsverteidigung vom 30. August 1939³ wird Folgendes verordnet:

§ 1

Das Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.

§ 2

Wer Nachrichten ausländischer Sender verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonderen Fällen mit dem Tode bestraft.

§ 3

Mit Gefängnis oder mit Zuchthaus wird ferner bestraft, wer den gemäß § 6 dieser Verordnung erlassenen Vorschriften zuwider handelt.

§ 4

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Handlungen, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden.

§ 5

Für die Verhandlung und Entscheidung bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind die Sondergerichte zuständig.

§ 6

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Insbe-

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet ⁴[für das Gebiet des Großdeutschen Reichs] mit Gesetzeskraft:

§ 1

Das absichtliche Abhören ⁵[von Nachrichten und politischen Übertragungen bestimmter] ausländischer Sender ist verboten. [Die Bekanntgabe dieser Sender erfolgt durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen im Deutschen Reichsanzeiger.] Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.

§ 2

Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

§ 3

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Handlungen, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden.

§ 4

Für die Verhandlungen [sic] und Entscheidung bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind die Sondergerichte zuständig.

§ 5

Die Strafverfolgung auf Grund von §§ 1 und 2 findet nur auf Antrag der Staatspolizeistellen statt.

§ 6

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und zwar, soweit es sich um

⁴ Nachfolg. Einfügung gemäß Anregung des MDgt. Schmidt-Leonhardt vom 5. 9. 1939 mit Blick auf die gewünschte Erstreckung der VO auf das ProtBM; R 43 II/639, Bl. 121 f.

³ RGBl. I S. 1539; s. näher Dok. Nr. 142.

⁵ In eckige Klammern gesetzte Teile von § 1 aus der endgült. Fassung gestrichen (o. Anm. 2).

sondere kann er Vorschriften über die Einziehung von Rundfunkgeräten erlassen.

§ 7

Die Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Berlin, den September 1939.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung.

Strafvorschriften handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz.

§ 7

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den September 1939.

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung Generalfeldmarschall Der Stellvertreter des Führers Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

b.: Der Reichsminister der Justiz an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. 1. September 1939

R 43 II/639, Bl. 116 Schnellbrief, Durchschlag

Geheim!

Betrifft: Verordnung über außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Rundfunkwesens.

Gegen den heute Mittag 1130 Uhr⁶ meinen Sachbearbeitern übergebenen Entwurf einer Verordnung über außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Rundfunkwesens habe ich die schwersten Bedenken.

1. Ich befürchte, daß die Verordnung im Volk und in der Welt als ein Beweis für mangelndes Vertrauen zwischen der Regierung und dem deutschen Volk und als ein Zeichen mangelnder Zuversicht in die eigene gute Sache aufgefaßt werden würde. Zudem würde das Volk auch von vornherein das Vertrauen in die Richtigkeit deutscher Nachrichten verlieren.

2. Ich befürchte weiter, daß der Erlaß einer solchen Verordnung dem Denunziantentum Tür und Tor öffnen würde und alle Volksgenossen mehr oder weniger hilflos einem solchen Denunziantentum gegenüberstehen würden.

3. Davon abgesehen halte ich den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Kampfhandlungen gerade erst beginnen, für besonders ungeeignet zum Erlaß derartiger Vorschriften.

4. Ich vermisste in der Verordnung jede Abgrenzung auf bestimmte ausländische Sender und die Beschränkung auf die Verbreitung solcher Nachrichten, die dem Reich abträglich sind. Daß das Abhören etwa eines italienischen Senders oder die Verbreitung günstiger Nachrichten mit schweren Strafen bedroht werden sollen, ist sicher nicht beabsichtigt, aber durch die vorliegende Fassung einbegriffen.

⁶ Wohl gelegentlich der Referentenbesprechung im RMVP; s. unten d.

Nr. 140: Verbot des Abhörens ausländischer Rundfunksender. 1.–5. September 1939a. Entwürfe einer Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen. 1./5. September 1939b. Der Reichsminister der Justiz an den Reichsminister f...

5. Die in zweiter Linie in Aussicht genommene Ablieferung grundsätzlich sämtlicher Rundfunkgeräte⁷ würde die Stimmung des Volkes nach meiner Meinung ungünstig beeinflussen.

6. Falls überhaupt, jetzt oder später, Strafvorschriften gegen das Abhören ausländischer Sender für notwendig gehalten werden sollten, müssten sie meines Erachtens beschränkt bleiben

– a)

auf das Abhören bestimmter, vom Ministerrat für die Reichsverteidigung einzeln bezeichneter Sender, und

– b)

auf das vorsätzliche Verbreiten abträglicher Nachrichten, und endlich müsste

– c)

als Regelstrafe Gefängnis und nur für schwere Fälle, z. B. öffentliches Abhören, Zuchthausstrafe vorgesehen werden; für die besondere Androhung der Todesstrafe scheint mir kein Platz zu sein, es sei denn, dass es sich um hochverräterische Handlungen handelt, bei denen sie ohnehin angedroht ist.

Abschrift dieses Schreibens habe ich wegen der besonderen Eilbedürftigkeit dem Herrn Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers als Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung übersandt⁸.

Dr. Gürtner

c.: Vermerk des Regierungsrats Weinbrenner im Reichspropagandaministerium. 2. September 1939

R 55/20630, Bl. 174⁹

Vertraulich.

Entstehung der Rundfunkverordnung. (Abhören ausländischer Sender)

Mitte August wird vom Stab Heß die Idee an den Führer herangetragen, eine Rundfunkverordnung vorzubereiten, die das Abhören ausländischer Sender verbietet.

Am 22. August gibt der Führer Dr. Goebbels den Befehl, die Verordnung auszuarbeiten. RMVuP (Schmidt-Leonhardt¹⁰) nimmt die Ausarbeitung der Verordnung mit dem Justizministerium vor. Justizministerium äußerst schärfste Bedenken.

28. August. Berndt übernimmt den Rundfunk, arbeitet Gutachten aus, in dem er gegen die geplante Verordnung Stellung nimmt.

⁷ Gemeint ist die prophylaktisch vorbereitete DVO, die RJuM Gürtner am 1. 9. in Abschrift MD Kritzingen übergab und nach welcher sämtl. Rundfunkgeräte „zur Verwahrung“ gegen Quittung an die Ortsgruppen der NSDAP ausgeliefert werden sollten; R 43 II/639, Bl. 118 f. – Weiter u. Anm. 19.

⁸ Der MRfdRV lehnte in seiner ersten Sitzung am 1. September nachmittags die RundfunkVO und eine etwaige Einziehung der Geräte gleichfalls ab (Dok. Nr. 139 zu Anm. 19), jedoch wurde sie i. d. F. des RMVP (oben a., linke Spalte) noch am selben Tag über Rundfunk, am folg. Morgen in der Presse als vorgeblicher Ministerratsbeschluß publik gemacht. Zeitungsausschnitt: R 43 II/639, Bl. 130. Zur Verwerfung der Einwände Gürtners durch Hitler s. unten e.

⁹ Mit hs. Vm. Weinbrenners, 4. 9. 1939: „Nach Anordnung Berndt diktiert.“ MDgt. Berndt, bisher Leiter der Inlandspresseabt., hatte Ende Aug. 1939 die Rundfunkabt. des RMVP übernommen, in welcher Weinbrenner als Ref. wirkte. DILLER, Rundfunkpolitik, S. 351–353.

¹⁰ MDgt. Schmidt-Leonhardt leitete die Rechtsabt. des RMVP.

1. September abends teilt Amtsleiter Schmidt – Stab Heß – mit, daß Heß die Verordnung dem Führer vorgelegt hat. Der Führer hat danach Verordnung sofort unterschrieben und Veröffentlichung befohlen¹¹.

Berndt gibt seine Bedenken dem Minister [Goebbels] bekannt. Der Minister erklärt sich mit der Auffassung Berndts identisch.

Darauf Beschwerde Heß beim Minister. Danach gibt Minister Befehl, Veröffentlichung vorzunehmen.

Am gleichen Abend Protest der Polizei, die ihre Bedenken äußert. Am nächsten Tage ebenso OKW (Polizei wurde nicht beteiligt).

Schnellbrief an RMVuP vom Justizministerium¹², protestiert gegen den Inhalt der Verordnung (gleiche Argumente wie Berndt).

Erforderlich: Einberufung einer Sitzung aller beteiligten Stellen zwecks Formulierung der Ersten Durchführungsverordnung; zu dem Gesetz [sic] der Durchführungsverordnung muß der Begriff ausländischer Sender derart ausgelegt werden, daß lediglich die Feindstaaten hierunter verstanden werden.

Wb [Weinbrenner] 2/9.

d.: Vermerk des Oberpostrats Bergrich im Reichspostministerium. 2. September 1939

R 4701/20712, Bl. 367–368 Durchschlag

Geheim

A[kten] V[ermerk]

Zum Schnellbrief des Reichspropagandaministeriums an die Reichskanzlei v. 1. 9. 39 über das Verbot des Hörens ausländischer R[un-]d[funk]-Sender¹³, das dem RPM am 2. 9. in Abschrift zugegangen ist.

Das Propagandaministerium hatte am 1. 9. zu einer Besprechung gebeten, die von Ministerialdirigent Schmidt-Leonhardt geleitet wurde. Es waren beteiligt Referenten des Propagandaministeriums, des OKW, RPM (Hn/Be[rgrich]), des RL[u]M, des Justizministeriums, des Innenministeriums (Polizei) und des Wirtschaftsministeriums. Außerdem waren vertreten ein Beauftragter des Stellvertreters des Führers und die Reichsleitung Rundfunk (Herr Staats).

Alle Beteiligten waren über den Gegenstand der Besprechung vorher nicht verständigt worden. Herr Dirigent Schmidt-Leonhardt teilte den anliegenden Vorentwurf über das Hörverbot ausländischer Rf-Sender mit. Der Vertreter des Justizministeriums erklärte, zu diesem Vorentwurf nicht endgültig Stellung zu nehmen, da er hierzu nicht bevollmächtigt sei und der Gegenstand der Besprechung vorher nicht bekanntgegeben wäre. Alle übrigen Beteiligten schlossen sich dieser Stellungnahme an. Herr Dirigent Schmidt-Leonhardt betonte daraufhin, daß es sich auch nur um eine Vorbesprechung handeln solle und die endgültige Fassung den betreffenden Ressorts vor Weitergabe an den Ministerrat zugeleitet werden solle.

¹¹ Hierzu unten e.

¹² Oben b.

¹³ Oben Anm. 1.

Zu der Fassung des Entwurfs wurde noch auf Verlangen der Vertreter des OKW und des RPM ein Zusatz aufgenommen, der eine Ausnahme dienstlicher Handlungen vorsehen sollte. Von dem Vertreter des Justizministeriums wurde die Regelung der Strafverfolgung durch Sondergerichte vorgeschlagen. Beide Vorschläge sind in dem Erlaß der Verordnung vom 1. September berücksichtigt.

Ferner wurde ein weiterer Vorentwurf über das Einziehen sämtlicher Rf-Empfänger vorgelegt, der auf Grund des § 4 der Verordnung über das Verbot des Abhörens ausländischer Rf-Sender erforderlichenfalls vom Reichspropagandaminister erlassen werden soll¹⁴. Über die Fassung dieses Vorentwurfs bestand jedoch noch keine Klarheit. Es wurde außerdem noch ein Vorschlag der Rf-Abteilung des Propagandaministeriums verlesen, der die gleiche Angelegenheit und weitergehende Bestimmungen enthielt. Zu dem anliegenden Vorentwurf wurden ebenfalls von OKW und RPM Ausnahmebestimmungen für Behördendienststellen gefordert. Ferner wurde vom OKW darauf hingewiesen, daß die Funkregelung im Kriege (F. i. K.) seit Vormittag in Kraft sei und daß auf Grund besonderer Genehmigungen für bestimmte Stellen Funkempfang gestattet sei. Wegen der dadurch zu regelnden Einzelheiten wurde vom OKW eine eingehende Besprechung verlangt, die am 2. 9. 11.00 Uhr beim Propagandaministerium stattfinden sollte. Vom Beauftragten des Stellvertreters des Führers wurde gegen die geplante Einziehung der Geräte durch die Partei Einspruch erhoben und weitere Prüfung vorbehalten.

Inzwischen ist ohne die verabredete Benachrichtigung der Ministerien, deren Referenten an der genannten Besprechung teilgenommen haben, die Verordnung über das Abhörverbot ausländischer Rf-Sender dem Ministerrat vorgelegt und in Kraft gesetzt worden. Die geforderten Zusätze sind in dem Wortlaut enthalten.

Die Besprechung über die Verordnung über die Einziehung der Rf-Geräte ist abgesagt worden. Mit OKW (Kapitän Gumprich) wurde die Angelegenheit besprochen. Kapitän Gumprich war derselben Auffassung, daß der Wortlaut der Verordnung den beteiligten Ministerien vorgelegt würde. Auf Grund der in der Verordnung über das Abhörverbot enthaltenen Bestimmungen, daß der Propagandaminister Vorschriften über die Einziehung von Rf-Geräten erlassen kann, besteht die Möglichkeit, daß das Propagandaministerium allein die Vorschriften über die Einziehung von Rf-Geräten erläßt. OKW wurde darauf hingewiesen und prüft die Angelegenheit¹⁵. Bei der Funkregelung im Kriege Teil B IX gilt die Bestimmung, daß Rf-Empfänger den Inhabern von Rf-Genehmigungen, solange nichts Gegenteiliges angeordnet ist, uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen [haben].

Be/Hn Berlin W 66, den 2. 9. 39
[...]¹⁶

Be[rgrich]

¹⁴ Oben Anm. 7.

¹⁵ Vgl. folg. Vortragsnotiz der Adjutantur beim Oberbefehlshaber des Heeres, 2. 9. 1939: „Durch Rundfunk ist gestern abend und heute früh eine Verordnung des Ministerrats über das Verbot des Empfangs ausländischer Sender veröffentlicht worden. Die Verordnung ist bis heute mittag im Ministerrat tatsächlich noch nicht beschlossen gewesen. Die Ansichten über den Inhalt der Verordnung waren außerordentlich geteilt. Möglicherweise wird eine Verordnung über den Empfang ausländischer Sendungen zwar beschlossen werden, aber mit einem gegenüber der Rundfunkveröffentlichung nicht unwesentlich modifizierten Inhalt. – Außer der obigen Verordnung plant das Propagandaministerium die Beschlagnahme der Rundfunkempfänger. Gegen diese Maßnahme bestehen nahezu überall die allerschwersten Bedenken. Auch OKW und Innenministerium wehren sich nachhaltig dagegen. Ebenso soll der Herr Generalfeldmarschall [Göring] die Absicht des Propagandaministeriums nicht billigen. Die Absicht scheint so bedenklich, daß es zweckmäßig sein dürfte, wenn möglichst viele beteiligte Stellen ihren Widerstand dagegen zu erkennen geben. Zu den beteiligten Stellen kann sich, da die Verordnung sich auf das Operationsgebiet erstrecken soll, der Ob d H rechnen.“ Es empfehle sich Einlegung von Widerspruch. MA, RH 1/58, Bl. 285. – Die Wehrmacht sicherte dann mit DVO vom 11. 9. 1939 (RGBl. I S. 1746) ihrer Gerichtsbarkeit die alleinige Zuständigkeit für die Strafverfolgung von Rundfunkdelikten, ohne Antragsrecht der Gestapo nach § 5 der VO.

¹⁶ Vorlageverfügung an RPM Ohnesorge, StS Nagel und die Abt. III des RPM.

**e.: Der Stellvertreter des Führers an die Mitglieder des Ministerrats für die Reichsverteidigung.
3. September 1939**

R 43 II/639, Bl. 131–133 Ausfertigung, Durchschlag

Geheim!

Da ich erfahren habe, daß die „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939“ nicht mit Zustimmung der Mitglieder des Ministerrats herausgekommen ist, lege ich Wert auf folgende Klarstellung:

Die bezeichnete Verordnung ohne die Präambel und eine zweite Verordnung[,] nach der alles Rundfunkgerät eingezogen werden sollte, wurden mir am 1. September vormittags vorgelegt. Infolge eines Mißverständnisses war ich der Meinung, daß diese beiden Verordnungen bereits durch den Ministerrat angenommen seien und nur noch meine Zustimmung vor der beabsichtigten beschleunigten Veröffentlichung erhalten sollten.

Da ich schwerste Bedenken gegen die eine Verordnung an sich und gegen die beabsichtigte nüchterne reine Paragraphen-Fassung der zweiten hatte, trug ich dem Führer meine Einwände vor. Ich bat ihn, davon absehen zu wollen, die Rundfunkgeräte einziehen zu lassen. Erstens würde durch die Einziehung die Möglichkeit genommen[,] das deutsche Volk über den Rundfunk von innen her zu beeinflussen, vor allem würde dem Führer selbst das wichtigste Mittel genommen, sich direkt an das Volk zu wenden. Zweitens würde der psychologische Eindruck der in Höfen usw. aufgestapelten Rundfunkgeräte, die der Witterung ausgesetzt verkommen müßten, ein außerordentlich schlechter sein.

Der Führer stimmte zu.

Hinsichtlich der zweiten Verordnung, betr. des Abhörens ausländischer Sender, hatte ich im ersten Augenblick gleichfalls den Wunsch, es könnte auch auf diese Maßnahme verzichtet werden. Nach Abwägen der Gründe dagegen und dafür überwogen bei mir jedoch die dafür sprechenden, was ich dem Führer gegenüber zum Ausdruck brachte.

Der Führer stimmte auch hier zu.

Ich verfaßte jedoch die mitveröffentlichte Präambel, wonach erwartet würde, daß aus Verantwortungsbewußtsein und Anstandspflicht heraus jeder Deutsche grundsätzlich auf das Abhören ausländischer Sender verzichten und die Verordnung nur für diejenigen erlassen sei, denen entsprechendes Verantwortungsbewußtsein fehle.

Ich wollte ursprünglich wegen der hinzugekommenen Präambel die Verordnung vor der Veröffentlichung noch einmal den Mitgliedern des Ministerrats zuleiten, bat jedoch den Führer, hiervon absehen zu dürfen, da die Veröffentlichung m. E. eilig sei und zwar aus folgendem Grunde:

Würde die Veröffentlichung erst spät nachts oder gar erst am nächsten Tag erfolgen, würde die Verordnung im Inland wie im Ausland so aufgefaßt werden, als ob die Abendsendungen der ausländischen Sender derartig auf die Nerven gegangen seien, daß die Regierung sich nunmehr veranlaßt gesehen hätte, einzugreifen. Bei der Veröffentlichung vor den Abendsendungen konnte dieser Eindruck eher vermieden werden. Die ausländischen Sender sind im allgemeinen erst nachts gut zu hören[,] und erst für den Abend waren wesentliche ausländische Sender-Nachrichten über die Kämpfe in Polen zu erwarten.

Inzwischen ging ein schriftlich begründeter Einspruch des Herrn Reichsjustizministers ein. Ich legte diesen Einspruch dem Führer sofort vor, der ihn Wort für Wort durchlas. Der Führer entschied, daß den Einwänden nicht Rechnung getragen werden solle. Er beauftragte mich im Gegenteil dafür zu sorgen, daß die Verordnung schnellstens heraus käme. Ich veranlaßte demgemäß das Notwendige.

Bei einer späteren Rücksprache erfuhr ich, daß die Verordnung zwar an die Presse herausgegangen sei, aber noch nicht durch Rundfunk bekanntgegeben. Durch Rücksprache mit dem Herrn Reichspropagandaminister wurde nunmehr die sofortige Veröffentlichung gemäß der Weisung des Führers herbeigeführt.

Zur Sache selbst:

Der bekannte englische Generalmajor Fuller schreibt in seinem Buch „Der erste der Völkerbundskriege“¹⁷, die wissenschaftlichen Erfindungen, die wahrscheinlich den radikalsten Einfluß auf den Krieg haben werden, seien der Rundfunk und das Flugzeug. Zu ersterem bemerkt er:

„1914 war die Presse der soziale Störenfried, doch war immer noch eine Zensur möglich; aber das Radio kann nicht eingeschränkt werden, und *wenn es nicht gelingt, alle Empfangsgeräte einzuziehen*, dann wird die Nation einem Bombardement ausgesetzt sein, dessen Wirkung von ihrer Disziplin abhängig sein wird.“

Leider muß ich *intern* die Überzeugung vertreten, daß die geistige Disziplin des deutschen Volkes auch heute noch nicht so ist, daß auf die Dauer das feindliche „Radio-Bombardement“ ohne wesentliche Wirkung wäre. Wenn sich diese Wirkung aber erst sichtbar zeigt, dann ist die psychologische Folge eines Verbotes des Abhörens der Auslandsnachrichten sehr viel schwerwiegender und gefährlicher als bei einer Verhängung noch bei völlig intakter Stimmung. Ein solches Verbot kann im Rahmen der ersten Maßnahmen zu Kriegsbeginn viel eher als nun einmal unumgängliche, durch die Umstände bedingte Notwendigkeit empfunden werden, als wenn es unter dem Zwang der offensichtlich inzwischen eingetretenen Wirkung erlassen würde.

Dagegen wird eingewandt:

– 1.

daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung Empfangsgeräte besitzt, durch die ausländische Sender zu hören sind, mittels Volksempfänger nur an den Grenzen ausländische Sender erfaßt werden können, und somit keine Notwendigkeit für so einschneidende Maßnahmen besteht, die geeignet sind, das Vertrauen zur Führung zu schädigen;

– 2.

daß eine Kontrollmöglichkeit nicht besteht, die Strafe für die Volksgenossen eine leere Drohung darstellt und somit das Abhören doch nicht unterbunden werden kann.

Dem ist zu erwidern, daß durch das Verbot weniger verhindert werden soll, daß Einzelne ausländische Nachrichten empfangen, als daß Empfänger solcher Nachrichten diese weitererzählen unter Bezugnahme auf die Quelle. Der englische Sender in deutscher Sprache hat zweifellos durch geschicktes Arbeiten seit seinem Bestehen durch tatsächlich oder auch nur scheinbar objektive Berichterstattung Vertrauen in manchen Teilen der deutschen Bevölkerung sich zu erwerben vermocht¹⁸. Der Sinn dieses Verhaltens war sicherlich die Absicht, in kritischen Zeiten besonders glaubhaft zu wirken und daher umso erfolgreicher Tendenznachrichten und Lügen im deutschen Volke verbreiten zu können. Dies ist eine feststehende Tatsache, mit der gerechnet werden muß.

Wäre kein Verbot des Abhörens ausländischer Nachrichten erfolgt, würden z. B. Meldungen des englischen Senders zweifellos durch Frauen, die sie mitgehört haben, gesprächsweise in Läden oder bei sonstigen Gelegenheiten des Schwatzes, ohne daß damit eine böse Absicht verbunden zu sein braucht, in die übrige Bevölkerung gebracht, die keine ausländischen Nachrichten empfangen kann. Die Form der Weitergabe der Nachricht dürfte dabei meistens so sein, daß sie kaum faßbar ist. Wenn

¹⁷ John Frederick Charles Fuller (1878–1966): brit. Generalstabsoffizier, im I. Weltkrieg Organisator des „Tank-Corps“, Vorkämpfer der Heerestechnisierung, 1933 als GenMaj. ausgeschieden, danach Militärschriftsteller. Sonderkorrespondent der DAILY MAIL u. a. im Abessinienkrieg 1935/36, dessen militärstrateg. Konsequenzen er in dem vielbeachteten Buch „Der erste der Völkerbundskriege. Seine Zeichen und Lehren für Kommende“ (dt. 1938) verwertete.

¹⁸ Vgl. den durch SS-Gruf. Heydrich am 2. 9. 1939 dem RMRk und RMVP zugeleiteten SD-Bericht über die Methodik des deutschsprachigen Dienstes der BBC, deren Sendungen als die bei weitem wirksamste Auslandsstimme gegen die NS-Propaganda gewertet wurden; R 43 II/1436a, Bl. 146–158.

bei der Frage nach der Quelle der Nachricht ein ausländischer Sender genannt wird, noch dazu einer, der bisher nicht als „verlogen“ galt, würde die Wirkung sehr erhöht.

Selbst die in großer Zahl vorhandenen Angehörigen unseres Volkes, die persönlich von sich die Überzeugung hegen, völlig immun gegen die Einwirkungen ausländischer Sender zu sein, sind es durchaus nicht. Ohne daß die Betreffenden es selbst ahnen oder wahrhaben wollen, bleibt doch etwas hängen. Ich kenne aus der Septemberkrise 1938 eine Reihe von Beispielen dieser Art, wobei es sich um durchaus gute Deutsche, teilweise um gute Nationalsozialisten handelt. Ich weiß, wie diese und vor allem deren Frauen allmählich durch Unterhaltungen in Salons, bei Tee usw. einen größeren Kreis von Menschen direkt in Panikstimmung versetzt haben, immer unter der Einwirkung ausländischer Sender und unter Bezugnahme auf diese.

Es kann als sicher angenommen werden, daß im Hinblick auf die angedrohte Strafe und aus Angst, zur Anzeige gebracht werden zu können, diejenigen, die ausländische Nachrichten nach wie vor abhören, sich im Reden mehr im Zaum halten als ohne Verbot.

Diesem zu erwartenden Ergebnis gegenüber tritt die Bedeutung einer Strafandrohung, die in vielen Fällen sich praktisch nicht auszuwirken vermag, erheblich zurück. Die Gefahr des „Bespitzelt- und Denunziertwerdens“ trägt nebenbei fraglos zur Verminderung des Abhörens der verbotenen Sendungen bei. So unerwünscht und verabscheuungswürdig Spitzel- und Denunziantentum sind, so ist die Wirkung in diesen außergewöhnlichen Zeiten stimmungsgemäß weniger abträglich als der Verzicht auf jeden Schutz vor dem „Radio-Bombardement“.

Ich halte es darüber hinaus für unbedingt erforderlich, daß bald einige Exempel statuiert und öffentlich bekanntgegeben werden unter abermaligem Hinweis auf die Bedeutung dieser Waffe der Auslandspropaganda und darauf, daß die Führung unseres Volkes verpflichtet ist, diese Waffe stumpf zu machen durch Verhinderung ihrer Angriffsmöglichkeiten im Volke.

Wenn draußen die Besten fallen, oder zum Teil für ihr ganzes Leben die Gesundheit opfern, kann ein derartiges Vorgehen gegen solche, die dem Ausland erst die Anwendung der Radio-Propaganda ermöglichen, keinesfalls zu hart sein¹⁹.

R. Heß

¹⁹ Bereits am 5. 9. 1939 registrierte das RMVP einen signifikanten Anstieg des Verkaufs von Kopfhörern. Man ließ die Käufer durch Handel und Gestapo feststellen und erwog, durch die HJ eine Sammlung von Kopfhörern „für die Truppen und Lazarette“ zu veranstalten. R 55/20630, Bl. 184. Am 14. 3. 1940 berichtete RR Weinbrenner an Goebbels zu den Verstößen gegen die RundfunkVO: Im Zeitraum Sept.–Dez. 1939 seien über 1100 Personen wegen Abhörens ausländ. Sender festgenommen worden, bei rd. 600 habe Antrag auf Strafverfolgung gestellt werden müssen. Bei etwa 150 handele es sich um vorsätzlich handelnde Kommunisten oder Marxisten, beim größeren Rest hingegen um unbelastete Volksgenossen, auch Pgg., „die aus reiner Neugierde und mangelndem nationalen Verantwortungsbewußtsein heraus“ gegen die VO verstoßen hätten. Noch immer sei ihr Inhalt nicht genügend bekannt, auch nicht das Verbot des Hörens ausländ. Musiksendungen, die häufig von Nachrichten durchsetzt seien. Ebd. Bl. 356 f.; generell: DILLER, Rundfunkpolitik, S. 308–312. Auf Anfrage des AA stellte das RMVP am 22. 10. 1939 gegenüber der Rkei sogar ausdrücklich klar, daß die RundfunkVO „nicht die Möglichkeit gibt, den in Deutschland ansässigen Ausländern das Abhören ihrer Sender zu gestatten“; R 43 II/639, Bl. 159–163, 167 f. – Zur Eingrenzung des Kreises der dienstlich zum Abhören von Auslandssendern Berechtigten s. weiter Dok. Nr. 158.

Der Gedanke einer allem. Einziehung aller Radioapparate wurde fallengelassen, jedoch gegenüber Juden, jüd. Mischlingen und allen Bewohnern von „Judenhäusern“ verwirklicht, und zwar nicht mittels VO des MRfRV, welche der RMVP am 14. 9. im Entw. vorgelegt hatte (R 43 II/386, Bl. 305–308), sondern über eine Polizei-AnO vom 20. 9. 1939; s. WALK, Sonderrecht, Nrr. IV/16, 24, 41.

Nr. 140: Verbot des Abhörens ausländischer Rundfunksender. 1.–5. September 1939a. Entwürfe einer Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen. 1./5. September 1939b. Der Reichsminister der Justiz an den Reichsminister f...

Zitierhinweis

Nr. 140 Verbot des Abhörens ausländischer Rundfunksender. 1.–5. September 1939a. Entwürfe einer Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen. 1./5. September 1939b. Der Reichsminister der Justiz an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. 1. September 1939c. Vermerk des Regierungsrats Weinbrenner im Reichspropagandaministerium. 2. September 1939d. Vermerk des Oberpostrats Bergrich im Reichspostministerium. 2. September 1939e. Der Stellvertreter des Führers an die Mitglieder des Ministerrats für die Reichsverteidigung. 3. September 1939 in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1945, Band VI/1939, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber (Digitale Fassung, hrsg. von dem Präsidenten und dem Sekretar der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und für das Bundesarchiv von Michael Hollmann).

<https://aktenreichskanzlei.bundesarchiv.de/dokumente/arh06d140>